

Zeitungspreis
Für Halle monatlich bei postamtlicher
Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 4,05 Mark
ausgeschlossen, Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
amtlichen Zeitungsverzeichnissen unter
Sonder-Zustellungsbedingungen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4008.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. A. 7sp/zeil. 35mm dr. Anzei-
gen od. der. Raum mit 30 Pf. u.
10 % Zuschlag berechnet und in amt-
lichen Verzeichnissen u. allen Anzei-
genverzeichnissen. Reklamen die 73 mm
breite Zeile 1 Mt. u. 10 % Zuschl.
Anzeigen - Annahmestellen v. m.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. od. o.
6 Uhr. Anzeigebestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle, Erbschaft
10 Pf. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-
stellen u. Sonntags-Druckerei: Halle,
Platz Brauereis 12, St. Brau-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen:
Halle 24 und Ordege 114/115, 32.

Nr. 215.

Halle, Donnerstag, den 9. Mai.

1918.

Glänzender U-Boot-Erfolg.

9 Dampfer und 7 Segler bei den Azoren versenkt.

Berlin, 8. Mai. (Drahtmeldung.) Ein aus dem Sperrgebiet um die Azoren zurückgekehrter U-Kreuzer, Kommandant Korvettenkapitän Kotelmann, hat dort 9 wertvolle Dampfer und 7 Segler von 36 745 Br.-M.-T., 9500 Br.-M.-T., insgesamt Gesamttonnage von 48 247 Br.-M.-T. versenkt. Unter den Schiffen befanden sich außer dem genannten Hilfskriegsschiffe die bewaffneten italienischen Dampfer „Zen“, 3396 T., „Anthiosa-Ancora“, 4439 T., „Mometo“, 4455 T., „Alaia“, 3335 T., ferner der bewaffnete englische Dampfer „Matemosa“, 4150 T., die englischen Segler „Cecil Shaw“, „Zorina“, „Matanga“, „Francis“ und die portugiesische Bark „Lufitania“, 329 T.; zwei 75 Zentimeter-Geschütze wurden erbeutet.

Die versenkten Ladungen, soweit festgelegt werden konnte, bestanden aus 9700 Tonnen Getreide, 7500 Tonnen Mehl, 5000 Tonnen Reis, 6000 Tonnen Meßing und Draht.

11 000 Tonnen Raphia, 700 Tonnen Baumwolle, 450 T. Salz, 200 Tonne gefärbte Häute, 450 Tonnen Kupfroh, 45 Tonnen Meßing hat der U-Kreuzer zur Stärkung anderer Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Befragte Kriegsschiffe könnte man als erbeuteter Raub der heimkehrenden U-Boote nennen, als Gegenstück zu denen unter englischer Führung völkerrechtswidrig benutzten Handelschiffen. Mit dem versenkten italienischen Hilfskriegsschiffe wurden gleichzeitig mehrere deutsche U-Boote in die Tiefe gerissen, an denen England noch seinen eigenen Worten lo aufgewöhnlich großen Mangel leidet, daß es wiederholt fertiggestellte U-Bootdampfer im letzten Augenblick in Dockschiffen umbauen mußte. Die versenkten 9700 Tonnen Getreide könnten eine Stadt wie Berlin drei Wochen mit Brot versorgen. Bei derartigen Verlusten nimmt eine andere britische Höflichkeit über Brotmangel in England nicht wunder.

Nach der Ablehnung der Sicherungen.

Ich steh' allein auf weiter Flur... Das Zentrum blieb am Dienstag mit seinen Sicherungsanträgen allein. Nur zwei Freilistenparteien — die Abgeordneten Dr. Bredt und Kardorf — leisteten dem Zentrum Gesellschaft bei der Verteidigung seiner Sicherungsanträge, für die es in den Kreisen des Liberalismus nur ein Klein geben konnte. Nicht nur die Linke mit Einschluß der Nationalliberalen stimmte gegen die Anträge des Zentrums, auch die Rechte schloß sich den Gegnern an, wenn auch natürlich aus anderen Gründen. Mit dieser Abstimmung zeigte die Rechte, daß sie einem durch „Sicherungen“ herbeigeführten Kompromiß durchaus abhold ist. Sie will keinen halben Sieg über die Regierung, sie will vielmehr ganze Arbeit machen, weil ihr das gleiche Wahrecht in keiner Form paßt. Damit sind die geringen Aussichten, die sich für eine Verständigung boten, wenn man überhaupt davon sprechen konnte, wieder verschwunden. Denn wenn die Rechte auf die weitgehenden Anträge des Zentrums, die für die Linke unannehmbar sein müßten, nicht einmal einging, dann wird sie in den vier Tagen, die bis zur dritten Lesung verbleiben, noch geringere Lust zu einem Kompromiß verspüren, das naturgemäß nur weniger wie die jetzt abgelehnten Sicherungsanträge bringen kann. Es bleibt die Rechte mit aller Gewalt anfeinen Konflikt hin! Das muß immer wieder festgelegt werden, um Gegenüberstellungen vorzugeben. Sie will die Regierung mit aller Macht unter ein laubisches Joch zwingen, das dem Kabinett Hertlings jede Lebensfrist nehmen würde. Die Regierung Hertling-Friedberg ist andererseits zu fest im Sattel, als daß die konfessionellen Parteien Aussicht hätten, ihre Wünsche nach einer neuen oder auch nur teilweisen neuen Regierung zu erfüllen. Erst in anderer geistiger Nachmittags-Ausgabe konnten wir auf Grund parlamentarischer Informationen feststellen, daß auch Friedbergs Stellung gefestigter ist denn je. Auf einen Zwischenfall innerhalb der Regierung kann die Rechte ebenfalls nicht rechnen, denn die ungelassen auf unterirdische „Germania“ vertritt gleichfalls die Auffassung, daß das preussische Staatsministerium nach wie vor vollständig sei und im Einklang mit der Reichsleitung an der Durchführung des gleichen Wahrechts arbeitet.

Was aber soll und wird geschehen? Eine Mehrheit im Abgeordnetenhause für das gleiche Wahrecht gibt es nicht. Das genügt den Nationalliberalen „unvollständig“, wird es heute gleichfalls als ausgefallen angesehen. Es ist nach unseren Informationen vielmehr damit zu rechnen, daß der Zwiespalt bei den Nationalliberalen noch deutlicher in Erscheinung tritt, dadurch, daß sich die Mehrheit dieser Partei, die für das gleiche Wahrecht ist, einen neuen Fraktionsvorsitzenden an Stelle Dr. Rohmanns wählt. Nun hat der „Vorwärts“ vorgeschlagen, daß die Regierung zur Durchführung ihrer Wünsche den Weg der Reichsgesetzgebung ihrer Wünsche an Unternehmen, das an sich vom liberalen Standpunkt durchaus begrüßt werden könnte. Der Bundesrat würde jedoch keine Neigung verspüren, das Arbeitsfeld des Reichstags noch weiter zu vergrößern. Man wünscht innerhalb des Bundesrats nicht, daß der Reichstag sich unzulänglich mit Materialen beschäftigt, deren Erledigung die Bundesräte für sich beanspruchen. Dazu kommen noch Schwierigkeiten, die im Reichstag selbst liegen und auf die des fährdenbe Zentrumsorgane, die „Germania“, bereits hinweist. Das Blatt bringt klipp und klar zum Ausdruck, daß „die Zentrumspartei da auf jeden Fall nicht mitwachen würde“. Auch wir können uns letzten Endes nur gegen den konstitutionellen demokratischen Vorschlag aussprechen, wenn aus anderen Gründen wie das Zentrumsmittel. Wenn die Regierung den Weg der Reichsgesetzgebung betreten würde, dann würde das schließlich für den Bundesrat nichts anderes sein als eine Kapitulation vor den Konfessionellen. Es würde das Eingeständnis der Regierung bedeuten, daß sie innerhalb des Reichstags nicht die Macht besitzt, die Kraft der Konfessionellen zu brechen. Deshalb muß die preussische Wahrechtfrage, so sehr wie auch wir sie als eine Frage ansehen, die von Bedeutung für das ganze Reich ist, innerhalb der preussischen Kammern zur Entscheidung kommen. Und da kommen wir wiederum nur zu dem einen Schluß, daß der Regierung nichts anderes als die Aufhebung übrig bleibt, für die allein die Konfessionellen verantwortlich sein werden, wie dies auch die „Germania“ feststellt.

Wird die Regierung den Landtag aufzulösen? Wir glauben gut unterrichtet zu sein und können

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 8. Mai, abends. (Amstich.)
Dortliche Kämpfe südlich vom Mittelbühler See.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 8. Mai. Amstich wird verhandelt:
Südwestlicher Kriegsausflug.
Das Artikelreferat wurde nur stellenweise lesbarer.
Südlich Gans Eile, am Dacht-Becken, am Monte Verica und am Südberge des Monte Weiß wurden feindliche Er-
kundungs-Unternehmungen abgewiesen.
Der Chef des Generalstabes.

Des Kaisers Dank an Hindenburg.

Berlin, 8. Mai. (Drahtbericht.) Se. Majestät der Kaiser richtete erlässlich des Friedensschlusses mit Rumänien nachfolgendes Telegramm an Generalfeldmarschall von Hindenburg:
Mit Stolz und Freude erfüllt Mich heute die Nachricht von Friedensschluss mit Rumänien. Untere Offiziere ist frei geworden! Dank sage ich Gott dem Herrn, Dank Ihnen Mein lieber Generalfeldmarschall; der Sie das deutsche Schwert zum Siege geführt haben. Zum Gedächtnis sei Ihnen die Diktatur durch die Schlacht von Tannen-
berg 1914 vor der Eroberung durch den Feind geführt wurde, habe ich befohlen, daß der an der alten deutschen Dahnburg Marienburg schon im Jahre 1910 zur Erinnerung an Heinrich u. Albin geplant haben des Blausen-
felsen Bollwerks nunmehr angefüllt wird und daß das große Eingangstor Ihnen Namen führen und Ihr Banner an der Stirn tragen sollen. Es ist Mein Wunsch, daß die anderen Wehrkämpfer des Volkswerts die Namen der bei der Verteidigung der Mäntze besonders bewährten Generale erhalten soll. Ich erwarre hierfür Ihre Vorschläge.
op. Wilhelm I. R.

Der Kaiser beim Reichskanzler.

Berlin, 9. Mai. (Drahtnachricht.) Se. Majestät der Kaiser: heute Mittags dem Reichskanzler einen Besuch. Erster hörte der Kaiser im Schlosse Bellevue den Vortrag des Kriegsministers und empfing den Gesandten Bucins zur Meldung.

Der erste deutsche Ritter des finnischen Freiheitskreuzes.

Berlin 8. Mai. (Drahtnachricht.) Der Präsident des finnischen Senats, Einbusson, hat an den Konteradmiral Reuter in Helsinki folgendes Telegramm geschickt:
Unter dem Oberbefehle Ew. Hochwohlgeboren hat die an der deutschen Hilfsbedingungen nach Finnland beauftragte Flotte außerordentlich Schwerlasten erfolgreich über-
wunden und schließlich an der entscheidenden Zeitraun unserer Hauptstadt mit glänzender Tapferkeit teilgenommen. Als äußeres Zeichen ihrer tief empfundenen Dankbarkeit für der Anteil der deutschen Flotte an dem Befreiungs-
werke Ihres Landes hat die Regierung Ew. Hochwohl-
geboren das finnische Freiheitskreuz erster Klasse ver-
liehen.
Die Antwort des Konteradmirals Reuter lautet:
Für die Verleihung des finnischen Freiheitskreuzes
erster Klasse tief empfundenen Dank. Werde die Wun-

zeichnung mit besonderem Stolz tragen als äußeres Zeichen
Eurer Majestät Hochachtung für die Deutschen
und finnischen Völker und als ehrenden Ausdruck
der Anerkennung der Leistungen der mit unterirdischen
Ereignisse. Im Namen der Kaiserin Königin, der Kaiserin
und der deutschen Kriegsmarine, wünsche ich zu be-
geben, wünsche ich der finnischen Regierung und dem
Volke von ganzem Herzen eine sichere, glückliche Zukunft.
Admiral Reuter, Chef des deutschen Geschwaders.

„Die Schlacht der Reserven.“

Wo werden die Deutschen wieder angreifen?
Büch, 8. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der Bericht-
erstatler der „Rürher Post“ meldet aus Paris: Die gegen-
wärtigen deutschen Operationen in der Richtung auf Amiens
und Ypern stellen sich als Abfolgeoperationen gegen die
britische Armee dar, deren beide Flügel durch französische
Hilfskräfte verstärkt worden sind. Die gegenwärtige
Schlacht in Flandern ist eine Schlacht der Reserven. Niemand
wisse aber, ob die Deutschen schon morgen nicht wieder
in Flandern angreifen und alle Vermutungen und Entschlüsse
der Ententeherstellung über den Haufen werden würden.

Italiener zum Schutze von Paris.

Von der Schweizer Grenze, 8. Mai. (Eigene Drahtnach-
richt.) Das „Petit Journal“ meldet, daß in Paris italienische
Truppen eingetroffen sind. Es besteht die Aussicht, die ita-
lienischen Truppen, die vor Ypern eingesetzt werden sollen,
zum Schutze von Paris zu verwenden.

Clemenceau trifft weiter.

Genf, 8. Mai. (Privattelegramm.) Clemenceau weite
am Montag wieder an der Front. Bei seiner Rückkehr nach
Paris sagte er, dem „Temps“ zufolge: Wir wissen, daß die
Deutschen einen großen Plan vorbereiten, aber wir haben an
Kritikere und Mannschaften das Gedächtnis an der Front
hangelassen. Im Übrigen liegen die militärischen Dinge erst
in der Entscheidung.

Vor Ereignissen an der italienischen Front?

Von der Schweizer Grenze, 8. Mai. (Eigene Drahtnach-
richt.) Pariser Blätter melden aus Rom, daß die Militär-
bevollmächtigten in Rom am letzten Sonntag nach der ita-
lienischen Front abgereist sind.

Nicaragua fehlt noch!

Hamburg, 8. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer
Rotterdamer Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“
berichtet Feuer: Nicaragua hat Deutschland und seinen
Bundesgenossen den Krieg erklärt.

Beförderung vor der finnischen weißen Garde

Von der Schweizer Grenze, 8. Mai. (Eigene Drahtnach-
richt.) Der „Wallen Zeitung“ meldet: Der erste Kriegsgar-
n in Petersburg gab Befehl, die Truppen an der Grenze zu-
sammenzuziehen und bei Vorzeichen der weißen Garde gegen
Ivo diese zurückzutreten. Bis jetzt wurden 48 000 Mann
zur Garde in Finnland geordert oder geteilt. Der
finnische Oberbefehl ist nunmehr von der roten Garde frei.
(Siehe Depeschen Seite 2.)

heute diese Frage bejahen. Wenn wegen der Besichtigung des dann erfolgenden Wahlkampfes bisher Bedenken von militärischer Seite bestanden, so kann heute gesagt werden, daß diese Bedenken jetzt nicht mehr bestehen. Was hat offenbar auch in militärischen Kreisen erkannt, daß es sich bei allgemeiner, für den Kampf nach außen in Betracht kommende Stimmung nicht befehliger würde, wenn dem Rüstungs Wort nicht eingelassen über die Einlösung auf die lange Bank geschoben wird, als wenn Anweisungen im Kriegserlöse. Die für eine Aufhebung in Frage kommenden Verordnungen sind heute für eine Aufhebung schon zu nehmen, daß die Absicht der Aufhebung bei der dritten Lesung in einer jeden zweifelt anscheinenden Weise zum Ausdruck kommen wird. Die Zustimmung des Reichstages hat der Reichstag mit seiner letzten Sitzung erhalten. Daß die Regierung weiter gekommen wäre, wenn sie diese unbedingte Klarheit über ihre Absichten schon früher hätte einbringen lassen, haben wir bereits mehrfach besprochen. Die Aufhebung wird jedoch nicht sofort erfolgen. Es ist damit vielmehr erst zum Herbst zu rechnen, und zwar aus technischen Gründen. Bei dem heutigen Stande des Personals würden, worauf wir nur kurz hinweisen wollen, die Kommunen für lang in der Lage sein, die umfangreichen Vorbereitungen für den Wahlkampf in der von der Verfassung vorgeschriebenen Frist erledigen zu können. Wenn die Erklärung des Staatsministeriums über die bevorstehende Aufhebung erfolgt, dürfte endgültige Klarheit geschaffen sein. Dann kann der Aufmarsch der Parteien erfolgen zu dem Kampfe, der, so bedauerlich er ist, durchgeführt werden muß, weil er durch das Verhalten der Reaktion zur bitteren Notwendigkeit geworden ist.

Sieben englische U-Boote vernichtet.

WTB. Berlin, 8. Mai. (Nichtamtlich.) Die amtliche Festhaltung der letztjährigen Erfolge der deutschen U-Boot-Unternehmung hat ergeben, daß insgesamt sieben englische U-Boote infolge des Eingreifens der deutschen Seestreitkräfte vernichtet worden sind.

England und Island.

WTB. London, 7. Mai. Das Reutersche Bureau erzählt, daß eine Abordnung der Inseln, bestehend aus Jonsen, Thors und Briem, als Vertreter der isländischen Regierung in England weilt, um mit den Ministern über ein Handelsübereinkommen als Erneuerung des zwischen England und Island seit 1916 bestehenden zu verhandeln. Vertreter von Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten haben gleichzeitig Anteilnahme an der Zusammenkunft teilgenommen. Hauptgegenstand der Verhandlungen ist, den Inseln eine angemessene Lebensmittelversorgung in den Jahren von Island, im Austausch dafür den Ministern Schiffahrtserleichterungen zu verschaffen, welche den Verkauf von Landeserzeugnissen zu erleichtern sollen. Die Verhandlungen sind gewöhnlich. Diese Vereinbarung hat, wie Reuters erklärt, keinerlei politische Bedeutung. Der neueste Bericht der deutschen Presse, in dem eine Beunruhigung zu erkennen durch die Unterhaltung, daß England in Island Geld ausgeben würde mit dem Ziele, Island von Dänemark zu trennen, wird sich in den amtlichen Kreisen in Kopenhagen wie in Island als unwirksam erweisen.

Erhöhung der Notengrenze.

Paris, 7. Mai. Durch Dekret wird die Höchstsumme der Banknoten, die die Bank von Frankreich ausgeben darf, auf 30 Milliarden Franken festgelegt. Die bisherige Grenze betrug 27 Milliarden.

Die 3. Freiheitsanleihe.

Washington, 8. Mai. Die dritte Freiheitsanleihe wurde nach der vorläufigen amtlichen Angabe um ungefähr 1 1/2 Milliarden überzinsend.

Ein ehemals türkischer Kreuzer zurückgewonnen.

WTB. Konstantinopel, 8. Mai. Die Agenten-Mitteilung, daß der kleine Kreuzer „Mehmedije“, der am 3. April 1918 vor Odesa durch Minepenetration versenkt, von den Russen gehoben und unter dem Namen „Bruth“ der russischen Flotte einverleibt worden war, jetzt in die Seehäfen liegende türkische Flotte wieder einstellt ist.

Widerles Kompromisspolitik.

Budapest, 8. Mai. (Meldung des Ungar. A. B.) In der gestrigen Konferenz der Regierungspartei wies der Ministerpräsident W. Ferenczy darauf hin, daß er in der Wahlrechtsfrage gerade im Interesse der Wahlreform für das Kompromiß eintrete. Es würden große Interessen auf Spiel gesetzt werden, wenn die gegenwärtigen leibhaftigen, die ganze öffentliche Meinung beherrschenden Kämpfe um die Wahlreform nicht ein Ende nähmen und systematische Reformarbeit im Parlament geleistet werde. Graf Andrássy erklärte, er bedaure, daß das königliche Handbrevier an den Ministerpräsidenten die Majestät in den Vordergrund des Parteispieles stellt. Es sei unzulässig, den Bonariden für die seiner Ansicht nach verfehlte Kompromisspolitik der Regierung zu engagieren. Er sei aus diesem Grunde nicht in der Lage, das Kabinett Weltere zu unterstützen.

Weltere erwiderte auf die Bemerkungen Andrássy, unter normalen Verhältnissen gelangt das Regierungsprogramm in einer Prozente zum Ausdruck; unter den heutigen Verhältnissen kann auf eine Thronrede nicht geachtet werden. Die Regierung wünschte daher in der Form einer Kundgebung an den Ministerpräsidenten der Öffentlichkeit zu zeigen, daß ihrem Programm die Kraft innewohnt, die aus der Genehmigung des Souveräns erwächst. Die Person des Bonariden wird nicht in den Vordergrund gehoben, denn für die durch die parlamentarische Regierung immer gebildet. Was die Erneuerung betrifft, daß der Ministerpräsident nicht heranzieht, diesen Programm...

Kleinere Vorlagen im Abgeordnetenhaus.

Maßnahmen zur Beseitigung der vorhandenen Wohnungs- und Möbelnot — Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände — Kriegsdienst und Befoldungsdienstalter.

Berlin, 8. Mai. Das Abgeordnetenhaus bewilligte heute zunächst in der fortgesetzten zweiten Beratung des Staatshaushaltsplanes den Fortschritt und nahm dazu einen Kommissionsantrag an, in dem die Staatsregierung ersucht wird, Maßnahmen zur Beseitigung der vorhandenen

Wohnungs- und Möbelnot
zu ergreifen, insbesondere beim Bundesrate dahin zu wirken, daß die Holzpreise der Heeresverwaltung, welche für militärische Zwecke nicht mehr benötigt werden, zur Herstellung von Kleinhäusern, Kleinsammlungen und Möbeln für die minderbemittelte Bevölkerung und die heimkehrenden Krieger an die Kommunen und gemeinnützigen Gesellschaften abgegeben werden.

Kandwirtschaftsminister v. Eichenhart-Rothe hatte in der Erörterung zugehört, daß

Holz zum Kleinsammlungsanbau an die Gemeinden abgegeben werden soll und auf verschiedene Anregungen erklärte, daß die Anforderungen bezüglich des Brennholzes durch ausreichenden Einschlag möglichst befriedigt und an die ärmere Bevölkerung Holz zu mäßigen Preisen abgegeben werden sollen. Waldrenten werde ungenügend zur Verfügung gestellt. Zur Bekämpfung der Waldschäden seien an die Regierungspräsidenten entsprechende Anweisungen ergangen.

Die Gesetzentwürfe über die Wiederbeschaffung von Unterjünglingen gegen Kriegsteilnehmer, über die

Kürzung des Kriegsdienstes auf das Befoldungsdienstalter der katholischen Pfarrer und über Kriegszugzwang zu den Begünstigen der Notare, Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtsvollziehern werden nach kurzer Aussprache in erster und zweiter Beratung angenommen; letztere mit einem

Entwurfsantrage, wonach die Tarife im allgemeinen erhöht werden sollen.

Der Gesetzentwurf über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände wird in zweiter Beratung angenommen mit einem fortgeschrittenen Antrage, nach dem den Kommunalbeamten die Kriegswohlfahrts- und Leihungsauslagen in Anknüpfung an die Grundzüge des Staates gewährt werden sollen. Einem Kommissionsantrage, der den Gemeinden als weitere Beihilfe 300 Millionen Mark statt die in der Regierungsvorlage vorgesehenen 200 Millionen gewährt wird und die Regierung ersucht, denjenigen leistungsschwächeren Gemeinden besonders hohe Beihilfen zu gewähren, die ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern auskömmliche Kriegswohlfahrts- und Leihungsauslagen geben.

Ein mit zur Beratung stehender Antrag Heß (Zentr.) auf Unterbindung der Gemeinden zur

Erneuerung von Kriegswohlfahrtsausgaben an ihre Bezüge wird der Staatsauswahlskommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Befoldungsdienstalter der Lehrer und Lehrerinnen an das öffentliche Volksschulen wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, nachdem Kultusminister Dr. Schmidt erklärt hat, die Regierung sei bemüht, die Lage der Lehrer zu verbessern. In fortgesetzter Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung wird ein Antrag Kronschon angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß auch den Staatsdomänen die Kartoffel- und Aufbaufolge so stark wie möglich vergrößert werden soll, und der Etat befristet.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Eichenhart-Rothebeleg. Kleinere Vorlagen, Anträge.

Deutscher Reichstag.

Die Kanalfage vor dem Abschluß.

Berlin, 8. Mai. Der Reichstag legte heute die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsamts beim

Reichsversicherungsamt fort.

Abg. Barthel (Fr. Vp.): Eine Rentenerhöhung ist unbedingt notwendig. Die entstehenden Kosten muß das Reich tragen.

Unterstaatssekretär Dr. Caspar: Die Heeresleistung hat auf unser Ertragsvermögen, Entlastungen von Beamten des Reichsversicherungsamts und der Berufsangehörigen auf dem Heeresdienst nach Möglichkeit vorzunehmen damit die ihren Obliegenheiten im gewöhnlichen Leben nach Möglichkeit gerecht werden können. Eine dauernde Erhöhung der Renten wird durch das Gesetz erreicht.

Abg. Wöfel (Soz.): Wir wünschen eine Erhöhung der Grenze des versicherungspflichtigen Einkommens von 2500 auf 5000 Mark. Der durchschnittliche Jahresverdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter und auch die Ortslohne müßten den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend festgelegt werden. Notwendig ist eine tiefgreifende Umgestaltung der Rechtsverhältnisse der Versicherten. Die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, daß Berufsstrahlungen Unfällen gleichzustellen sind, sollte häufiger angewendet werden. Eine engere Verbindung zwischen Reichsversicherungsamt und Reichswirtschaftsamt ist unbedingt nötig.

Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Freiherr von Stein: Die Regierung sucht weiterhin und ohne juristische Formalitäten die Härten zu mildern, die sich im Laufe des Krieges bei Durchführung der sozialen Versicherungsgelege ergeben haben. Die Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts erstreckt sich nicht auf die besetzten Gebiete.

Beim Titel: Beiträge zu den Kosten der Bearbeitungen, Entwürfen für den

Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes befragt Abg. Engelmeier (Natl.) den Ausbau der Wasserkraft im Gebiete des Rheins. Deutschland und die Schweiz sollten in einen freien Meinungsaustausch eintreten über diese Angelegenheit.

Abg. Dr. Dies (Zentr.) betont gleichfalls die Wichtigkeit der Renaturierung besonders für die großen Betriebe. Unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Schweiz erfordern den

Ausbau des Oberrheins bis Basel, nur der weitere Ausbau bis zum Bodensee vermag auch den Interessen der Schweiz gerecht zu werden. Das Reich-Deutsch-Ungarn keinen Standpunkt gegenüber dieser Frage bereits festsetzen?

Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Freiherr von Stein: Verhandlungen über die Kanalfage sind seit langer Zeit eingeleitet und nähern sich ihrem Abschluß. Die Arbeiten sind noch nicht so weit gediehen, daß wir damit schon jetzt an die Öffentlichkeit treten können. Die Haltung der Schweiz in dieser Angelegenheit entspricht den mit ihr bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Der Ausbau des gesamten Wasserstraßennetzes bis Konstanz ist ins Auge gefaßt.

Es folgt die Beratung der Berichte des 6. Ausschusses (Handel und Gewerbe) über Petitionen.

Abg. Köhlig (Soz.): Es muß ein partiellerer Ausbau des Reichswirtschaftsamts geschaffen werden, der sich mit der Frage der Stilllegung von Betrieben zu befassen hat.

Hierauf tritt um 6 Uhr Vertagung ein. Nächste Sitzung Freitag, den 10. Mai, 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsamts und Reichsgerichts.

Aus dem Verfassungsausschuß des Reichstages.

Die Wahlkreise mit über 300 000 Seelen — Gebundene Sitze.

Berlin, 8. Mai. Der Verfassungsausschuß des Reichstages beriet am Mittwoch den Gesetzentwurf betreffend Zusammenlegung des Reichstages und die Wahlkreiswahl in den größeren Reichstagswahlkreisen in erster Lesung durch.

anzuführen, so ist ihr die Zuständigkeit dadurch gesichert, daß er die Schlußfrist des Landes nach fruchtbarer Arbeit und Ruhe begriffen hat und sich voll Kraft heranzusetzt, dieser unerschütterlichen Stütze der öffentlichen Meinung volle Genauigkeit zu bieten. (Schloßler Beifall.)

Hierauf wurde die gemeindefreie Abstimmung vorgenommen, in der eine die Kompromisspolitik Weltere billigende Entschließung mit 46 gegen 43 Stimmen angenommen wurde.

Bulgarien ist zufrieden.

Sofia, 7. Mai. Die Nachricht von dem Friedensschlusse mit Rumänien ist in Sofia mit zufriedener Erleichterung aufgenommen worden. Obwohl amtlich Einigkeiten über die endgültige Form noch nicht bekannt sind, ist es doch kein Geheimnis, daß eine der Bulgaren am ersten interessierenden Punkte von Umständen, angemessene Anerkennung sei.

Die nachteilig reifende Öffentlichkeit sieht ein, daß zurzeit die beste Lösung aller Balkanfragen nicht möglich ist; einen Anlauf zu reiflicher Begeisterung glaubt man freilich auch nicht zu haben. Für Bulgarien ist jedoch immedien ein wichtiger Abschnitt seines Befreiungskrieges vorteilhaft geendet.

Rühlmann beim König von Bulgarien.

Sofia, 7. Mai. Mittwoch früh werden aus Bulgarets Staatssekretär v. Rühlmann und Generalmajor v. Hofenberg hier erwartet, die mit dem Balkanfrage am gleichen Tage die Heimreise antreten werden. Beide Diplomaten sind zu Mittag zur königlichen Tafel geladen. Diese Ehrung entspricht am Abschlusse einer so wichtigen Periode wie der Bulgarets Regierung mehr als ein einfacher höflicher Brand.

Auszeichnung des Grafen Hertling.

WTB. Berlin, 8. Mai. Se. Majestät der Kaiser hat heute dem Reichskanzler einen Besuch gemacht und etwa eine Stunde bei ihm verweilt. Der Kaiser überreichte dem Kanzler bei dieser Gelegenheit das Eisene Kreuz I. Klasse.

Heimreise des Grafen Luburg.

Berlin, 7. Mai. „Tempo“ meldet aus Buenos Aires: Graf Luburg reiste am Sonntag mit dem schwedischen Dampfer „Suedia“ ab in Begleitung von dem ehemaligen deutschen Botschaftern in Peru und dem ehemaligen Konsul in Montevideo.

Deutsches Reich.

Kriegszieldebatte in Südb.

Die Südb. Volksrecht verhandelte gestern über einen kürzeren und budgetmäßigeren Kriegszieleantrag. Der bürgerliche Antrag forderte eine ansehnliche Kriegszieleabänderung seitens unserer Feinde, vornehmlich die Abwehr von Kohlen, Gründung eines großen Kolonialreiches sowie wirksame Sicherung der besetzten deutschen Gebieten an das Ausland. Der sozialdemokratische Antrag stellte die Forderung auf, daß zwischen den kriegführenden Mächten ein baldiger Friede der Verkündigung und bauernden Bevölkerung, der jede erzwungene Gebietsverweigerung und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung ausbleibe, zustande kommt, und daß die durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben des Reiches nicht durch Verbrauchs- oder Verbrauchssteuern sondern durch starke Veranlagung der leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung gedeckt werden. Nach dreieinhalbstündiger Debatte wurde der bürgerliche Antrag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ein großer Teil der Liberalen stimmte für den Antrag, ein kleiner Teil enthielt sich.